



Prof. Dr. Holger Rogall
Direktor des Instituts für Nachhaltigkeit
Badensche Str. 52
D – 10825 Berlin
Haus B Raum 5.11
Telefon: + 49 (0)30 308 77 – 1184
E-Mail: info@institut-ina.de
Web: <http://institut-ina.de/>

Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschussdrucksache 18(9)988
18. Oktober 2016

Berlin, 13.10.2016

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Weichen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen – Chancen des Klimaschutzes nutzen“ im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages

Durch die Umweltschutzgesetzgebung der 1970er bis 1990er Jahre ist in Deutschland eine leistungsstarke Umweltschutzindustrie entstanden, die in mehreren Techniksparten zu den Weltmarktführern zählt. So sind im Umweltschutzsektor ca. 2,2 Millionen Arbeitsplätze entstanden (z.B. Umweltorientierte Dienstleistungen 1.381.000, erneuerbare Energien 393.000, laufende Sachausgaben 154.000, sonst. 270.000 (BMUB, UBA 2016: 5, Stand 2012)). Der nachhaltige Umbau der gesamten deutschen Volkswirtschaft würde eine noch erheblich höhere Beschäftigung zur Folge haben, da er einen umfassenden Innovationsprozess anstoßen würde. Die Erkenntnisse über die wirtschaftlich positiven Folgen der Umweltpolitik sollten aufgegriffen und konsequent genutzt werden.

Hierzu wird empfohlen den *nationalen Klimaschutzplan* zum Nukleus eines *Klimaschutzgesetzes* zu nutzen, der wiederum als Kern eines auf drei Jahrzehnte angelegten Transformationsprozesses zum *nachhaltigen Umbau der Volkswirtschaft* verwendet wird. Dieser Transformationsprozess soll zum Innovationsmotor der gesamten Wirtschaft werden. Hiernach müssen (fast) alle Sektoren der Wirtschaft ihre Produkte und Produktionsverfahren zukunftsfähig umgestalten bzw. nach den Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens neu konstruieren.

Hierbei ist die Transformation der Energieversorgung in eine nahezu 100%-Versorgung mit erneuerbaren Energien ein wesentlicher Transmissionsriemen für die gesamte Wirtschaft, aber durchaus nicht der einzige. Es wird daher empfohlen bei dem geforderten

Transformationsprozess zugleich die Sektoren Mobilität, Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft, Wasserwirtschaft, Umbau der Städte, Landwirtschaft, Produktgestaltung, Finanzwirtschaft sowie Bildung und Wissenschaft nachhaltig umzubauen.

Heute ist theoretisch und empirisch bewiesen, dass der geforderte Transformationsprozess ohne ökologische Leitplanken (politisch-rechtliche Instrumente) nicht oder zumindest zu langsam erfolgen wird. Daher muss neben der konsequenten Umsetzung der drei Strategiepfade des nachhaltigen Wirtschaftens (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz) eine Reihe von Instrumenten eingeführt werden. Z.B.

- 1) *Direktsteuernde Instrumente* wie
 - a) Produkt- und Stoffverbote (z.B. Verbot von mit fossilen Energien betriebene Pkw oder Fahrzeuge, s. Diskussion in Norwegen und Österreich) oder
 - b) Anschlusspflichten an gasbetriebene Kraftwerke in KWK mit Wärmespeicher oder
 - c) Wärmeschutzsanierungspflichten.

- 2) *Indirekt wirkende Instrumente* wie strategische Partnerschaften für die notwendigen Innovationsschübe zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

- 3) *Umweltökonomische Instrumente* wie
 - a) steigende Umweltabgaben auf fossile Energien und nicht erneuerbare Ressourcen und Abbau der umweltbelastenden Subventionen (s. UBA 2016/10: 31)
 - b) Bonus-Malus-Regelungen für Elektromobilität und erneuerbare Energien
 - c) Naturnutzungsrechte für natürliche Ressourcen und Emissionen.

Wesentliche Wirtschaftszweige der deutschen Wirtschaft produzieren heute Produkte deren Basisinnovationen aus dem 19. Jh. stammen (z.B. im Automobil- und Kraftwerksbau, Chemie). Will Deutschland seine führende wirtschaftliche Stellung und den vorhandenen Wohlstand behalten und gleichzeitig seinen internationalen Klimaschutzverpflichtungen nachkommen, muss das Land seine Innovationsprozesse beschleunigen und an der Zukunftsfähigkeit von Techniken ausrichten.

Fazit: Ein gelungener Start könnte ein Klimaschutzgesetz sein, dass auch die Bundesländer in die Pflicht nimmt, eine zentrale Steuerung beinhaltet und den Investoren sicherere Rahmenbedingungen für ihre Investitionen des Transformationsprozesses schafft. In diesem Sinne wird der Antrag der „Grünen“ positiv bewertet, vielleicht könnte er von der Mehrheit noch etwas ergänzt werden.